Angehörigen Info 96

G 10228 D
3. 7. 1992

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Aus dem Inhalt:

Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen

Demonstration in Bonn

Im heutigen Info veröffentlichen wir einige der Beiträge, die während der Auftakt-, Zwischen- und Abschlußkundgebungen bei der Demo für die Freiheit der politischen Gefangenen am 20. 6. 92 in Bonn gehalten worden sind. Allen voran der Beitrag von Günter Sonnenberg, der mehrfach durch Applaus und das Skandieren der zentralen Parolen unterbrochen worden ist. Sowie die Beiträge von Vreni Lauterbach, der Mutter von Adelheid Schulz, und Helga Prauss, der Mutter von Rico Prauss. Beim Kampf um die Zusammenlegung bzw. die Freiheit der Gefangenen standen und stehen die Mütter, die sich mit ihren Kindern solidarisieren, an vorderster Stelle. Wir finden es deshalb wichtig, ihre Erklärungen zu dokumentieren — stellvertretend für alle Mütter und Väter der politischen Gefangenen in der BRD. Alle anderen Beiträge werden demnächst, voraussichtlich in der zweiten Juli-Hälfte, in einer Sondernummer der „Clockwork" zusammengefaßt werden.

Statt eines scheinbar sachlichen Berichtes über die Demo selbst drucken wir den Brief einer Info-Redakteurin, die an der Demo teilgenommen hat, an einen politischen Gefangenen und ehemaligen Info-Redakteur, der im Knast ist, ab — weil wir diese subjektive Form der Beschreibung und Einschätzung lebendiger finden. Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß es in der Tat gut wäre, Diskussionen über unterschiedliche Einschätzungen weiter öffentlich zu führen. In der Vielfalt zur Gemeinsamkeit zu kommen — und dafür war die Demo in Bonn ein erstes positives Beispiel — sollte das Ziel bleiben. (d. Red.)

Neben den im folgenden abgedruckten Beiträgen gab es noch diverse Grußadressen, Zitate aus Briefen und andere Erklärungen.

Grußadressen wurden verlesen von: Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe, Eva Haule, Bundesweite Demo gegen den § 218, Seminar an der Humboldt-Universität Ostberlin zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD, Christofer-Street-Day-Demo in Berlin, 14 Mitglieder des Abgeordnetenhauses in Berlin von der PDS-Fraktion, VertreterInnen der Medienjugend in der IG Medien Berlin/Brandenburg, El-Salvador-Komitees in der BRD, „Verband zur Verteidigung der revolutionären Gefangenen weltweit" aus



Transparent der Ex-Gefangenen auf der Demo in Bonn am 20. 6.

dem Iran, Häuserdemo in Zürich, Solidaritätskomitee für Erich Honecker und alle verfolgten Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland, Bezirksschülervertretung Gütersloh, Barbara Steffens (politische Geschäftsführerin des Landesvorstandes der Grünen NRW), Mumia Abu-Jamal, TeilnehmerInnen des Bundestreffens der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen in Bremen, VVN / Bund der Antifaschisten — Landesvereinigung NRW, 15. Antifaschistische Landeskonferenz in NRW, Nilüfer Alcan im Namen von Özgür-Der.

Es gab *Beiträge* von: Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer; Hans Branscheidt, medico international; Hanne Wittkowski, Krüppelbewegung und Bewegung gegen Eugenik.

Außerdem wurden zwei *Briefe* von Helmut Pohl und Rolf Heißler verlesen.

Brief an einen Gefangenen: „Uns lief der Schweiß ins feste Schuhwerk"

... Die Demo in Bonn — vielleicht hast Du inzwischen ja auch schon von anderen davon gehört — war — zumindest wider mein Erwarten — gut. Es sind bundesweit 2000 zusammengekommen (ich habe selbst mühsam gezählt und dann noch mit dem Ergebnis anderer verglichen), was natürlich nicht auf *die* große Massenbewegung schließen läßt, sich andererseits aber auch angesichts der augenblicklichen Großwetterlage bei uns ganz gut sehen lassen kann. (Vergleiche die bundesweite § 218-Demo, die noch weniger auf die Beine bekommen hatte). Die Ereignisse und (leider nicht öffentlichen) Diskussionen im Vorfeld hatten leider bewirkt, daß ein ganzes Spektrum nicht erschienen war, nämlich diejenigen, die sich aufgrund der RAF-Erklärung und der Haltung der Gefangenen ihre eigenen politischen Ziele, die sie auch immer mit dem Kampf für die Freiheit der Gefangenen verbunden hatten, angegriffen gefühlt hatten, befürchteten, für eine Taktik instrumentalisiert werden zu können, die sie so ganz und gar nicht gutheißen (oder sogar Strategie? Ist auch wurscht jetzt). Ich persönlich habe erst (wieder mal) viel zu spät begriffen, was da abging, und versucht, zumindest bei einzelnen Multiplikatoren zu intervenieren, was aber für die Demo nicht mehr wirksam werden konnte. Im Info hab ich darauf gedrungen, daß explizit Texte reingenommen werden, die klarmachen, daß es politische Widersprüche gibt, die Teilnahme zu der Demo aber fraglos war / sein sollte. Von diesen „solidarischen Zweiflern", wie ich sie mal nennen möchte, waren dann auch einige da, spiegelte sich in der Gesamtatmosphäre und den diversen Beiträgen was wider. Und das war gut an der Demo: daß du das Gefühl hattest, daß jeder für sich geklärt hatte, warum er auf der Demo war (keine Pflichtübung), und dadurch auch entsprechend was rüberkam. Dieses Gefühl (ich hab's später / danach noch mal mit der Meinung anderer verglichen) war allgemein und machte die eigentliche Power der Demo aus. Nieder schlug sich dies auch in dem häufigen und machtvollen Skandieren unserer Urparolen: „Freiheit für alle politischen Gefangenen" und „Hoch die internationale Solidarität" sowie Wechselgesänge wie „Bernd" — „Muß raus!", „Isabel" — „Muß raus", „Ali" — „Muß raus" usw. Bei der Auftaktkundgebung hatte es noch wie aus Eimern gegossen, alle fünf Minuten oder so fuhr ein ratternder Zug vorbei und mußten die Beiträge dann jeweils unterbrochen werden. Aber dann ging unwiderruflich die Sonne auf und lief uns der Schweiß ins feste Schuhwerk. Eine türkische Gesangsgruppe schmetterte dann noch „Bella Ciao" und „Venceremos" u. a. m. auf türkisch und sorgte auf diese ganz spezielle Art für's Ansteigen des Stimmungsbarometers — auch als es noch in Strömen regnete.

Von Anfang an gab es keine platten Hauruck-Beiträge. So bekannte ein Berliner Jesuit, seinen vorgefertigten Beitrag zerrissen zu haben, und versuchte, sich aus dem Stegreif der Situation zu nähern. Und selbst die außerordentlich öde Demo-Route hinderte nicht am Skandieren. Da war ein Haufen fest Entschlossener beisammen — wider aller Ungemach. Vorneweg eine Reihe Uniformierter (so als wären sie die Speerspitze der Demo), danach ein Transparent, getragen von einer Reihe ehemaliger Gefangener, dahinter noch mehr ehemalige Gefangene (darunter Ute Hladki im Rollstuhl), dann ein breites Transparent, getragen von Müttern, Vätern, Geschwistern und anderen Angehörigen und FreundInnen — und danach kamen die Städteblocks und andere. Es gab nur einen „Zwischenfall". Kurz vor Ankunft auf dem Abschlußkundgebungsplatz stürzte ein ziemlich aufgequollener Typ auf die erste Reihe zu und brüllte: „Das sind alles Mörder!" Mehrfach. Trat nach dem Transparent und den Leuten dahinter und wurde dann sinnigerweise nicht etwa von unseren OrdnerInnen, sondern von den Uniformierten im Polizeiwürgegriff zur Seite geschafft. Ganz seltsam, fand ich. Bei der Abschlußkundgebung waren wir dann quasi von Absperrgittern eingekesselt (die Uniformierten standen relativ locker dahinter, und das Bonner Publikum hatte Möglichkeit zum Blick in die gesicherte Manege), die Transparente mit den Forderungen hingen aber deutlich sichtbar zum Beispiel an der dortigen Kirche, und der eindeutige inhaltliche Höhepunkt war Günter Sonnenbergs Rede (die wir hoffentlich im Info abdrucken können — sowieso soll es eine Art Sonderausgabe der Clockwork geben mit sämtlichen Beiträgen). Ich spar' mir deshalb die allzu verkürzende Inhaltsangabe. Vreni[1] richtete ihre Worte auch direkt an Günter. Helga[2] hatte vorm Bundeskanzleramt einen längeren, vielbeklatschten Beitrag gehalten, von dem ich, da im vorderen Teil der Demo, aber nichts mitbekam wegen der schlechten Akkustik. Die ganze Zeit wurde wie wild gefilmt, wurden Fotos gemacht — und die Resonanz in den Medien hast Du ja selbst begutachten können: außer kurzen Meldungen in der „Süddeutschen" und dem „Neuen Deutschland" nichts. Außer mir waren alle am erstauntesten darüber, daß auch die taz die Demo totschwieg, obwohl angeblich aus Berlin eigens ein Korrespondent angereist gewesen sein soll. Das Thema „Freilassung aller Haftunfähigen sofort" sowie die „Freiheit für alle, Zusammenlegung als erster Schritt" darf offensichtlich augenblicklich nicht mehr auftauchen. Das eventuelle Kalkül, das dahintersteckt: Die Gefangenen sind als politische Gefangene akzeptiert worden, die Haftunfähigen als Haftunfähige, die Gefangenen sind in den Medien vorgeführt worden — als, trotz aller Absagen an aktuelle Waffengewalt, dennoch „Unverbesserliche", und das Thema ist damit erledigt. Deckel drauf. Wenn wir uns was überlegen müssen, dann ist es das: wie wir dieser Hugenberg-Presse[3] eigene Informationen entgegen- und zwischensetzen können.

...

1 Vreni Lauterbach

2 Helga Prauss

3 Benannt nach Alfred Hugenberg (1865 - 1951), der 1933 Wirtschaftsminister unter Hitler war und als Mitbegründer des Hugenberg-Konzerns (Scherl-Verlag, UFA u. a.) die Gleichschaltung der Presse betrieb.

Günter Sonnenberg: „Es gibt vieles, was uns vereint"

Seit dem 15. Mai bin ich frei. Und so möchte ich mich bei all den Menschen bedanken, die die ganzen 15 Jahre und zwei Wochen über, die ich im Knast war, für meine Freilassung gekämpft haben. All die verschiedenen Initiativen und Kampagnen, die zu meiner Freilassung geführt haben, waren ein Schutz gegenüber dem Vernichtungsprogramm des Staates während der mehr als 15 Jahre Knast — und sie sind auch der Grund, warum ich heute vor Euch stehen kann. Für alle, die dafür gekämpft haben, ist es wichtig festzustellen, daß all die Anstrengungen und all die Arbeit Erfolg hatten. Dafür waren jede öffentliche Initiative und jede politische und militante Aktion wichtig.

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei den Anwäl-

tinnen und Anwälten und bei der Angehörigengruppe bedanken. Sie haben mit großem Einsatz über die ganzen Jahre daran festgehalten, meine Situation und die aller politischen Gefangenen öffentlich zu machen und das gegen uns laufende Vernichtungsprogramm des BRD-Staates anzuprangern. Daß ich jetzt hier stehen kann, war kein Geschenk des Staates, wir haben das zusammen erkämpft.

Es ist jetzt unsere Sache — die, die wir in Freiheit sind —, dafür zu sorgen, daß alle unsere Genossinnen und Genossen, die noch in den Knästen sitzen, freikommen. Als erstes müssen die sofort rauskommen, die schwer krank sind: Bernd Rößner, Isabel Jacob und Ali Jansen.

Bernd ist seit 17 Jahren im Knast. Er war im Kommando Holger Meins, das die westdeutsche Botschaft in Stockholm besetzt hatte, um politische Gefangene zu befreien. Er war lange Jahre streng isoliert, und er ist immer noch von allen anderen politischen Gefangenen getrennt. Seit 1983 ist Bernd krank. Schon damals stellte die Anstaltsärztin fest, daß seine Krankheit auf die damals achtjährige Isolationsfolter zurückzuführen ist. Im Juli 1988 kommt sie zu dem Ergebnis, daß Bernd nach allgemeinärztlichen Kriterien haftunfähig ist. Das war vor fast vier Jahren!

Bis heute kämpft Bernd um seine Identität. Er ist ungebrochen. Sein Körper und seine psychische Konstitution sind durch die krankmachende Knastsituation so schwer angegriffen, daß Professor Rasch in seinem Gutachten vom Mai 1992 zu dem Ergebnis kommt, daß jeder weitere Tag und jede weitere Woche in Gefangenschaft die Gefahr vergrößert, daß es bei ihm „tatsächlich zur Verbüßung einer lebenslangen Freiheitsstrafe kommt". Das heißt im Klartext, Bernd befindet sich in permanenter Lebensgefahr, solange er nicht draußen ist.

Die Bundesanwaltschaft und das Oberlandesgericht Düsseldorf weigern sich, ihn rauszulassen. Sie arbeiten neue Vollzugspläne aus, das heißt, sie arbeiten weiter daran, Bernd zu zerstören und seine Identität zu brechen. Wenn es überhaupt um die Überlegung bei ihnen geht, ihn aus dem Knast zu lassen, dann denken sie an geschlossene Psychiatrie. Es gibt seit Jahren ein gezieltes Programm, um Bernd zu psychiatrisieren. Das setzt sich bis heute fort.

Seine Freilassung ist für uns zentral. Die weiteren Schritte in bezug auf die Freilassung anderer Gefangener hängen davon ab. Das heißt, kein Gefangener wird juristisch-politische Schritte in die Wege leiten, solange Bernd nicht frei ist.

Die Freiheit aller Gefangenen zu erkämpfen, steht für uns in der Kontinuität unseres revolutionären Kampfes um die Befreiung aus dem imperialistischen System und aus den Klauen des Staates. Sie steht aber auch in tiefer Verbundenheit mit den Auseinandersetzungen, die zur Zeit hier draußen stattfinden — dem antirassistischen Kampf, den Mobilisierungen gegen den Weltwirtschaftsgipfel, der Kampagne „500 Jahre Kolonialismus und Widerstand", aber auch mit dem Häuserkampf gegen die Wohnungsnot.

Die Ziele und Werte, für die wir gekämpft haben und eingesperrt wurden, finden wir wieder bei denjenigen Menschen, die heute in Mannheim von den B. niedergeknüppelt werden. Daß wir heute hier in der Art und Weise demonstrieren können, wurde hart erkämpft. Viele sind die Jahre über in den Knast gekommen, weil sie politische Arbeit zu den Gefangenen machten. Die Polizeiknüppel in Mannheim, der Ausnahmezustand dort, den sie auch für den Weltwirtschaftsgipfel in München planen, und die Isolationsfolter im Knast gegen uns haben die Absicht, uns von unseren Zielen und Kämpfen für eine menschliche Gesellschaft abzubringen.

Die Folter im Knast soll zerstören und zum Abschwören bringen, hier draußen zerschlagen sie die Knochen der jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten, um Angst und Schrekken, Kapitulation und Aufgabe zu bewirken.

Es gibt vieles, was uns vereint und gemeinsam ist.

In zahlreichen Ländern ist das Volk damit konfrontiert, daß ihm der Imperialismus jede Existenzberechtigung und jeden Raum zum Leben abschneidet. Die BRD ist daran maßgeblich beteiligt. Ein Beispiel: In Kurdistan werden mit Waffen aus der BRD von der türkischen Regierung die Dörfer zerstört und Kurden ermordet.

500 Jahre Kolonialismus sind genug.

Durch den proletarischen Internationalismus, die Aktionen, die daraus bestimmt waren, wurden revolutionäre Gruppen in der BRD ein ernstzunehmender Faktor auch für die Befreiungsbewegungen im Trikont. Was wir bisher getan haben, hat nicht gereicht, den Imperialismus zurückzudrängen. Aber die bisherigen Kämpfe begründen die Beziehungen zu den Revolutionärinnen und Revolutionären aus anderen Ländern. Wir treffen hier ständig Menschen aus anderen Ländern, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Knast waren. Sie kämpfen wie wir darum, ihre noch gefangenen Genossinnen und Genossen aus den Klauen des Staates zu befreien.

Gleichzeitig geht es darum, Neuorientierung im weiteren revolutionären Kampf zu entwickeln. Die Ähnlichkeit ihrer und unserer Erfahrungen und Gemeinsamkeit in den Zielen und daraus die Herzlichkeit, Intensität und Genauigkeit in diesen Begegnungen geben uns große Hoffnung, daß wir zusammen unter den veränderten weltweiten Bedingungen eine neue revolutionäre Front gegen die Zerstörung von Menschen und Völkern und ihrer Lebensgrundlagen entwickeln können.

Es sind Menschen aus allen Teilen der Welt, die entweder hier leben müssen und den revolutionären Kampf für ihr Land und Volk von hier aus weiterführen, oder die hierherkommen, um mit uns zu diskutieren.

Wir haben alle inzwischen einen großen Reichtum von Erfahrungen, die wir austauschen, Erfahrungen aus unserem Kampf in der Guerilla, im Knast und unserer politischen Praxis jetzt. Aus diesem Austausch wird unser Horizont größer. So können wir auch die komplexen Probleme und Widersprüche der Welt, die sich in unserem Land widerspiegeln, erfassen und gemeinsam die richtigen Antworten finden.

Eine Antwort muß sein, alle gefangenen Revolutionärinnen und Revolutionäre müssen freikommen.

Stellvertretend für alle will ich einige nennen:
Leonard Peltier, Mumia Abu-Jamal, Irmgard Möller, Alan Berkman, Geronimo Pratt, Nathalie Ménigon, Dylcia Pagan,



Günter Sonnenberg am Knasttor bei seiner Freilassung am 15.5.

Susan Rosenberg, Manuel Hernandez und viele andere mehr!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Vreni Lauterbach: „Günter, wir sind stolz auf Dich!"

Lieber Günter, wir grüßen Dich. Wir Angehörigen freuen uns ganz besonders, daß Du heute unter uns bist, wir sind stolz auf Dich, daß Du in Deiner Situation so stark warst, Dir selber wie Deinen Genossen und Genossinnen treu geblieben bist. Wir, die wir Dich schon lange kennen, haben daran auch nie gezweifelt. Du wirst in der Geschichte unserer Kämpfe immer ein großes Vorbild sein.

Besonders danken wir auch allen, die sich so schnell entschlossen haben, auf diese Demonstration zu kommen, die Forderungen der politischen Gefangenen zu unterstützen, und wir versichern hier, daß wir damit nicht aufhören, bis alle politischen Gefangenen draußen sind! Unsere Herzen und unsere Kraft den kämpfenden Gefangenen.

Helga Prauss: „Und alle wissen es!"

In den ersten Tagen des Januar 1992 trat der damalige Justizminister mit einer Verlautbarung zu den politischen Gefangenen an die Öffentlichkeit, die sich seitdem mit dem Begriff „Kinkelinitiative" schmückt.

Von Initiative ist allerdings bis heute absolut nichts zu bemerken. Sechs Monate sind seitdem vergangen, und nur zwei Gefangene sind frei: Claudia Wannersdorfer — haftunfähig seit längerer Zeit —, die sowieso 9/10 der Haftstrafe hinter sich hatte. Und Günter Sonnenberg, der am 3. Mai 1977 zum Zweck der Verhaftung von einem Polizisten in den Hinterkopf geschossen wurde. Bei der Art der Verletzung und der Art des Projektils ist es mehr als eine Vermutung, daß Günters Überleben nicht vorgesehen war.

Trotz seiner Prozeßunfähigkeit machten sie ihm den Prozeß und behielten ihn als Haftunfähigen 15 Jahre im Knast. Sie warteten nicht nur auf seinen körperlichen und seelischen Zusammenbruch, sondern taten alles, um diesen zu fördern. Noch ganz zuletzt forderten sie in einer entwürdigenden Anhörung seine Unterwerfung.

Ich habe lange überlegt, was ich an dieser Stelle zu Günter sagen soll. Mir ist nichts anderes eingefallen als: Günter, ich bewundere Dich, weil nichts und niemand Dich zum Verrat an Dich selbst und Deiner Geschichte zwingen konnte.

Daß in diesen schon erwähnten sechs Monaten in Wahrheit gar nichts geschehen ist, was man eine Kinkelinitiative nennen könnte, soll hier noch einmal an Tatsachen klargestellt werden:

Im Januar — kurz nach diesem lautstarken, medienwirksam aufbereiteten sogenannten Versöhnungsangebot — beantwortet das Justizministerium eine Anfrage der PDS / Linke Liste nach den politischen Gefangenen in der üblichen Form: mit ausweichenden, taktischen, wortreichen und somit nichtssagenden, zum Teil unwahren Angaben.

Das Ministerium, dessen oberster Verantwortlicher, Herr Kinkel, gegenüber den Angehörigen in einem direkten Gespräch behauptet hatte, er wisse über die politischen Gefangenen bis ins Detail Bescheid, zeigt sich höchst uninformiert, wenn unliebsame Anfragen beantwortet werden müssen:

Wieviele unserer Gefangenen in Einzelhaft, Kleingruppe, Regelvollzug oder gar offenem Vollzug sind, weiß die Bundesregierung nicht, weil die Unterbringung nach der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD den Knästen der Landesjustizverwaltungen übertragen und damit Sache der einzelnen Bundesländer ist. Vollständige Informationen hat die Regierung nicht und kann sie auch so schnell nicht beschaffen. Widersinnigerweise begründet das Ministerium sein angebliches Unwissen an anderer Stelle damit, daß ein Teil der Gefangenen der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts unterliegt.

Also wer denn nun? Und was weiß Herr Kinkel?

Bei der Frage nach der regelmäßigen Überprüfung der Haftunfähigkeit zitiert das Ministerium die wohlklingenden Vorschriften des entsprechenden Paragraphen im Strafvollzugsgesetz. Wer dem Fehlschluß unterliegt, diese Vorschriften würden eingehalten, muß davon ausgehen, daß es keine Haftunfähigen gibt. Und genau das soll er auch glauben.

Auch um den Fakt der Isolationshaft drückt sich das Ministerium herum, indem es sagt, daß das Strafvollzugsgesetz die Terminologie Isolationshaft nicht kennt. Allerdings könnten Gefangene, bei denen je nach Verhalten oder aufgrund ihres seelischen Zustands in erhöhtem Maß Fluchtgefahr oder die Gefahr von Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen oder die Gefahr des Selbstmordes oder der Selbstverletzung besteht (man beachte die Reihenfolge: Sachbeschädigung rangiert vor Selbsttötung), die Unterbringung in einem „besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände" angeordnet werden. Kein Wort von der seit Jahren praktizierten Isolation, dieser subtilen, wissenschaftlich erforschten Methode der Abschottung des Subjekts von jeder lebensnotwendigen geistig-seelischen Nahrungsquelle.

Kein Wort über das 24-Punkte-Programm, das den Sondervollzug bei politischen Gefangenen ausmacht.

Auf die Frage, wievielen Gefangenen eine Ausführung aus wichtigem Anlaß bzw. Ausgang oder Hafturlaub gewährt wurde, erfahren wir, daß auch dies im Aufgabenbereich der Knäste liegt und die Regierung darüber nichts weiß.

Auch über die Anzahl derer, die derzeit in medizinischer Behandlung sind, weiß die Regierung nichts, weil dies ebenfalls in der Verantwortung der Justizvollzugsanstalten liegt.

Um aufzuzeigen, wie oberflächlich, ungenau und verlogen die kleine Anfrage beantwortet wurde, sei noch erwähnt:

Wohl wissend, daß die PDS / Linke Liste die politischen Gefangenen aus der RAF und Widerstand meinte, als sie nach Strafgefangenen — verurteilt nach § 129a — fragte, beantwortete das Ministerium die Frage 1 nach der Gesamtzahl der derzeit Gefangenen mit 23, stolperte dann aber über die eigenen Taktierkünste bei der Antwort auf Frage 11, wieviele Gefangene eine verschärfte Besuchsüberwachung haben: Es sind 26.

Wieviele denn nun: 23 oder 26?

Zum Zeitpunkt dieser Anfrage waren es 35. Nicht mitgerechnet die aus der DDR gekommen sind. Und auch nicht die, die derzeit vor anderen als den Oberlandesgerichten stehen.

Eines beweisen diese Auszüge klar: Die Desinformation des Parlaments bzw. von Parteien wird anders gehandhabt als die Desinformation der Presse. Mit der Formel RAF ist Terrorismus — Widerstand ist RAF wurde ein Lügengebäude aufgebaut, in dem versteckt werden soll, daß in der BRD schon lange jede Art von Widerstand verfolgt wird.

Prozesse gegen die drei aus Duisburg, die vier Düsseldorfer, gegen Holger Deilke, Thomas Kilpper und Rolf Hartung, gegen Gabi Hanka, Sven Schmid, Siggi Happe und Stefan Feifel — um nur einige zu nennen, sind Beweis genug. In einem Rechtsstaat wären sie nicht möglich.

In einem wahrhaft demokratischen auch nicht, denn der würde politische Themenstellungen politisch angehen und nicht der Justiz überantworten.

Wie sagte Helmut Pohl vor kurzem? Es muß Schluß sein mit dem kriminologischen Mist. Wir müssen zur Politik kommen.

Wir erinnern Herrn Außenminister Kinkel an das Gespräch mit der Angehörigengruppe, insbesondere an einige Zusagen, die er gemacht hat und die bis heute nicht eingehalten wurden. Wie z. B. die Besuchssituation für Christian Klar und seine Mutter oder die ärztliche Versorgung, die aktuell für Heidi Schulz anstand und in so entwürdigender Weise stattgefunden hat.

Wir erinnern Herrn Bundeskanzler Kohl bzw. Herrn Dr. Vöcking als seinen Vertreter an das Gespräch mit den drei

Frauen aus der Angehörigengruppe.

Sofortige Freilassung der Haftunfähigen.
Zusammenlegung der übrigen bis zu deren Freilassung in einem überschaubaren Zeitraum.

Die Behauptung von Politikern, daß der Widerstand hier draußen sich nur an den Gefangenen festmache, wird durch ihre ständige Wiederholung nicht wahrer. Tatsache ist, daß es unendlich viele, immer mehr werdende schwerwiegende Gründe für fundamentalen Widerstand gibt. Für Konsens gibt es dagegen keine.

Was aber wären wir für Menschen, würden wir die,
die für ihre Überzeugungen gekämpft haben,
die nicht gehört, sondern verfolgt
und im wahrsten Wortsinn zur Erledigung an die Justiz ausgeliefert wurden,
einfach vergessen.
Daß sich unser Widerstand auch darauf bezieht, ist wohl selbstverständlich.

Wir lassen es nicht zu, daß das Justizministerium mit juristischen Wortklaubereien unterschlägt, daß es mehrere Gefangene gibt, die ohne 2/3-Haftprüfung seit 17 bzw. 20 Jahren in Haft sind.

Daß sich darunter Bernd Rößner befindet, dessen Haftunfähigkeit seit langem bekannt und offensichtlich ist.

Wir sagen, daß es vorsätzliches, verwerfliches Handeln aus niedrigen Beweggründen ist, was jetzt mit Bernd geschieht. Er ist krank. Und alle wissen es.

Und sie verlangen, daß er sich durch Wohlverhalten das Recht auf eine Therapie „verdient". In Wahrheit wollen sie ihn weiter in staatlichem Gewahrsam behalten, weil nicht sichtbar werden soll, was die Folgen ihrer Normalität sind, die sie als Einhaltung der Menschenrechtsnorm zu bezeichnen wagen.

Meine Damen und Herren, sagte Herr Bundeskanzler Kohl erst kürzlich im Reichstag, es ist doch wohl international bekannt, daß in Deutschland die Menschenrechte geachtet werden!

Bernd Rößner und den anderen Gefangenen nützt es gar nichts, falls so was international geglaubt wird. Hier im Land glauben es jedenfalls immer weniger Menschen.

Resolution des Gesundheitspolitischen Kongresses in Hamburg

Getragen von der Fachtagung Medizin fand vom 19.-21. Juni 1992 in Hamburg der Gesundheitspolitische Kongreß zum Thema „Gesundheit und Herrschaft" statt. Die TeilnehmerInnen des Kongresses, der ein Forum für gesellschaftliche Aspekte darstellt und sich u. a. mit folgenden Themen beschäftigt: Politik und Drogen; Flucht, Verfolgung und Folter; Studiengestaltung in den neuen Bundesländern; Arzt-PatientInnen-Verhältnis; Medizinschäden und Medizinerherrschaft; Reform des Medizinstudiums; Pflege von AIDS-Kranken und auch mit der Freilassung der politischen Gefangenen, beschließen folgende Resolution:

In der BRD bestehen seit mehr als 20 Jahren Isolationshaftbedingungen für politische Gefangene. Das erklärte Ziel dabei ist der: „... Zusammenbruch des Weltbildes der Gefangenen. Die körperliche Unversehrtheit hat dahinter zurückzustehen." (Studie des Bundesinnenministeriums, 1983) Tatsächlich sind bei den Gefangenen physische und psychische Schäden vorhanden, die zum Teil irreversibel sind.

Als MedizinerInnen und andere sozial Engagierte stellen wir fest, daß die Isolationshaft die körperliche und geistige Identität zerstört.

Unsere medizinische Verpflichtung für die Gesundheit aller Menschen kann nur ein politisches Handeln zur Konsequenz haben, das sich gegen diese menschenverachtende Politik richtet.

Deshalb fordern wir
— den Bundespräsidenten Herrn Richard von Weizsäcker,
— die Bundesregierung, zu Händen des Bundeskanzlers Herrn Helmut Kohl,
— die Bundesjustizministerin Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
— den Generalbundesanwalt Herrn Alexander von Stahl

auf, die *sofortige, bedingungslose* Freilassung von folgenden haftunfähigen politischen Gefangenen zu veranlassen:

Bernd Rößner, Gefangener aus der RAF, ist seit über 17 Jahren inhaftiert, davon fast 14 Jahre einzelhaftisoliert. Bernd ist seit 1983 laut Gefängniskrankenakte haftunfähig. Im Juli 1988 wurde dies erneut von der Anstaltsärztin bestätigt. Wiederholte Untersuchungen, auch von psychiatrischen Sachverständigen, haben den schweren psychischen und physischen Krankheitszustand dokumentiert, der sich unter Gefängnisbedingungen kontinuierlich verschlechtern wird. Das körperliche Krankheitsbild zeichnet sich durch Lähmungen, Sensibilitätsstörungen, Muskelschwund und Ödeme aus. Psychisch leidet er unter extremen Konzentrations-, Denk- und Gedächtnisstörungen. Bernd ist am Ende seiner gesamten Kräfte. Er muß bedingungslos und sofort freigelassen werden.

Ali Jansen, Gefangener aus dem Widerstand, ist seit 1981 an Asthma erkrankt. Seit seiner Inhaftierung 1988 hat es wiederholt Asthmaanfälle gegeben, die in zunehmendem Maße lebensbedrohlich sind. Streßbedingungen wie seine derzeitige Haftsituation provozieren die Auslösung dieser Anfälle. Im Gefängnis ist für ihn eine adäquate Notfallbetreuung und Therapie seiner Krankheit nicht gegeben.

Isabel Jacob, Gefangene aus dem Widerstand, erkrankte fünf Wochen nach ihrer Festnahme an Morbus Basedow (1985). Geprägt ist dieses Krankheitsbild bei ihr durch eine Überfunktion der Schilddrüse. Sie leidet unter ständiger innerer Anspannung, Schwitzen, Durchfällen und daraus resultierendem psychophysischem Erschöpfungszustand. Eine Vergrößerung des Augenhöhlenfettkörpers führt bei ihr zu Sehstörungen mit drohender Erblindung. Trotz Operationen kam es zur weiteren Verschlechterung ihres körperlichen und seelischen Zustandes. Die Streßbedingungen ihrer Haftsituation beschleunigen die Auswirkungen dieser Krankheit und machen eine Heilung unmöglich.

Weiterhin fordern wir:
— Endgültige Aussetzung der bestehenden Haftstrafe gegen die haftunfähige Angelika Goder;
— Kein neues Verfahren gegen die querschnittsgelähmte Ute Hladki
— Sofortige Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Gruppen
— Freilassung aller politischen Gefangenen in einem absehbaren Zeitraum
— Schließung der Hochsicherheitstrakte und Isolationszellen
— Freilassung aller Schwerkranken
— Freie ÄrztInnenwahl für alle Gefangenen anstelle von ÄrztInnen, die im Strafvollzug arbeiten.

Hamburg, den 21. Juni 1992

Kontaktadresse: Initiative von MedizinerInnen und anderen Menschen für die Freilassung der politischen Gefangenen, insbesondere der haftunfähigen, c/o Fachschaftsrat Medizin, UKE, Martinistr. 52, 2000 Hamburg 20

Der „Gesundheitspolitische Kongreß" wird halbjährlich von MedizinstudentInnen organisiert und geht über ein ganzes Wochenende. Für diesen in Hamburg hatten sich etwa 200 Menschen, zumeist MedizinstudentInnen, angemeldet. Es gab ungefähr 15 Arbeitsgruppen und einen Stadtteilrundgang durch St. Pauli. An der Arbeitsgruppe zu den politischen Gefangenen gab es mit etwa 40 TeilnehmerInnen ein reges Interesse, insbesondere an dem morgens gezeigten TV-Interview mit den vier Lübecker gefangenen Frauen aus der RAF.

Solidarische Kirche in Nordelbien: „Aufstehen für Gerechtigkeit und Frieden"

Die sog. „Kinkel-Initiative" hat vielen Menschen die Augen dafür geöffnet, daß es in der BRD politische Gefangene gibt und unter welchen unmenschlichen Sonderhaftbedingungen politische Gefangene bis zu 20 Jahre lang inhaftiert waren und sind.

es kann jetzt nur darum gehen, daß endlich auch auf diese Gefangenen rechtsstaatliche Maßstäbe angewandt werden. Das heißt: daß die Haftunfähigen sofort entlassen werden und für alle übrigen Gefangenen eine Regelung geschaffen wird, die ihre Freiheit in den nächsten Jahren sicherstellt.

Wir unterstützen ganz besonders die Forderung der Gefangenen nach Freilassung der Haftunfähigen Isabel Jacob, Ali Jansen und vor allem Bernd Rößner. Der Versuch, Bernd Rößner psychisch zu zerstören, der — ärztlich dokumentiert — nun schon seit 17 Jahren läuft, muß sofort abgebrochen werden. Die Forderung des Gutachters Saß nach Fortsetzung der Haft bzw. Zwangspsychiatrisierung[1] kann nur als Ausdruck eines unmenschlichen Vernichtungswillens verstanden werden. Wir finden die Erklärung der Gefangenen richtig, daß die „Kinkel-Initiative" für sie gestorben ist, wenn Bernd Rößner nicht in kürzester Zeit frei kommt. Vorher werden sie keinerlei Anträge auf Freilassung stellen.

Die Gefangenen sollen dazu gebracht werden, ihre Vergangenheit zu verwerfen. Der Staat verlangt von ihnen das Unterwerfungsritual des „Abschwörens". Wir halten dies für eine Forderung, die die Menschenwürde verletzt; denn es kann von keinem Menschen, weder von den Gefangenen noch von uns, verlangt werden, daß sie / er eine fundamentale Hoffnung preisgibt und sich selber untreu wird.

Wir wenden uns in diesem Zusammenhang gegen das Gerede von „Versöhnung". Die Staatsmacht hat aus politischen Gründen gegen politische Gegner beispiellose Fahndungsmethoden angewandt, juristisch äußerst fragwürdige Prozesse durchgeführt und unmenschliche Haftbedingungen diktiert. Die verantwortlichen Politiker müssen diese ihre Politik endlich ändern. Es geht nicht um „Versöhnung", sondern um Änderung der Politik.

Die Gefangenen haben gesagt, daß sie der Erklärung der RAF vom 10. 4. 92 zustimmen, in der diese mitteilt, daß sie „Angriffe auf führende Repräsentanten von Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen". Wir begrüßen diesen Schritt und erklären unsere Bereitschaft, an dem jetzt notwendigen Prozeß konsequent mitzuarbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Freilassung der Gefangenen, sondern weiterhin um eine umfassende Befreiung, um die grundlegende Veränderung des kapitalistischen Systems, in dem wir leben. Für diese Befreiung und für die Überwindung des Kapitalismus kämpften und kämpfen auch die Gefangenen.

Wer in dieser Gesellschaft nicht zugrundegehen oder weiterhin nicht mit ansehen und mitverantwortlich sein will, daß Millionen andere zugrundegehen, muß aus dem herrschenden gesellschaftlichen Konsens ausscheren und darum kämpfen, daß eine Gegenrealität in der Gesellschaft entsteht, die immer breiter wird.

Wir wollen ansetzen bei den konkreten Notlagen und alltäglichen Widersprüchen. Nur aus diesen Erfahrungen können neue Konzepte entwickelt werden. Wir wollen der falschen Lehre widersprechen, dies oder das lasse sich nicht verändern, weil die Gesetze des Marktes es so verlangen. Wir wollen, daß die Menschen ihr immer noch bestehendes Vertrauen in die Macht der Regierenden verlieren und mit vielen zusammen vertrauen auf die Kraft der Menschen, die aufstehen für Gerechtigkeit und Frieden und gegen die Zerstörung dieser Erde.

Wir wollen unter uns die Bereitschaft zur Konsequenz stärken. Unsere Niederlagen und Mißerfolge sind dabei kein Grund, unsere Kämpfe zu beenden.

Wir wollen daran arbeiten, daß die Ziele, nach denen wir streben, in unserer Lebenswirklichkeit (auch in unserem sozialen Zusammenhang als Solidarische Kirche) beginnen, wahr zu werden.

beschlossen von der Vollversammlung der Solidarischen Kirche am 13. 6. 92

1 Das stimmt nicht ganz. Gutachter Saß hat immer betont, dieses nicht gegen Bernds Willen tun zu wollen, hat aber versucht, über die RechtsanwältInnen ihn dazu zu überreden. (Anm. d. Red.)

Freiheit für Juan Manuel Pérez Hernández, Gefangener aus den GRAPO in Spanien

Vor etwas mehr als einem Jahr beendeten die Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO ihren 435 Tage dauernden Hungerstreik. Mit ihrem Kampf auf Leben und Tod gegen den Staat wollten sie ihre Wiederzusammenlegung in einen Knast erreichen.

Nach sechs Monaten Hungerstreik starb José Sevillano (Sevi). Die anderen gefangenen Männer und Frauen kamen beim Hungerstreik zwar nicht um, aber die mörderische Politik der PSOE, sie über einen so langen Zeitraum in Handschellen an,s Bett zu fesseln und zwangszuernähren, hat bei allen Gefangenen nicht wiedergutzumachende physische und psychische Schäden hervorgerufen.

Das wurde durch Ärzte von Menschenrechtsorganisationen, Rotem Kreuz und anderen Organisationen, die seit dem Hungerstreik die Gefangenen besuchen konnten, bestätigt.

Die PSOE interessiert das überhaupt nicht, denn genau das war ihre Strategie: die Gefangenen zwar am Leben erhalten, aber mit der Gewißheit, daß sie gesundheitlich schwer angegriffen sein werden und deshalb vielleicht aufgeben würden.

Die Gefangenen waren sich dessen bewußt und nahmen sowohl den Tod als auch die Schäden als Folge des Hungerstreiks auf sich. Heute müssen sich viele Gefangene, abgesehen von der Situation im Knast, in Rollstühlen bewegen, andere müssen immer noch spezielle Nahrung zu sich nehmen, weil ihr Magen kein normales Essen zu sich nehmen kann, andere leiden unter schweren Muskelschmerzen und Bewegungsstörungen.

Die Hoffnungen der PSOE haben sich jedoch nicht erfüllt. Auch nach Ende des Hungerstreiks waren die Nachrichten, die wir aus den Knästen bekamen, immer voller Mut und dem Willen, weiter Widerstand zu leisten und ohne Rücksicht auf die persönliche Situation für eine bessere Zukunft weiterzukämpfen.

Bis auf eine Ausnahme trifft das auf alle Gefangenen zu. Juan Manuel Pérez Hernández, Gefangener aus den GRAPO, hatte während des Hungerstreiks mehrere Male einen Herzstillstand, der bleibende Schäden im Gehirn hinterlassen hat.

Seine Situation ist so schlimm, daß uns Balmón, ein Gefangener aus der PCE(r) einen Brief geschrieben hat, in dem er uns dringend bittet, irgendetwas zu unternehmen, um Juan Manuel aus dem Knast rauszuholen.

„Ich war mit Juan Manuel auf der Krankenstation zusammen mit dem Arzt, der ihn betreut. Dieser Arzt hat mir erzählt, daß Manuel die Nacht in der Badewanne zugebracht hat und daß sie ihn erst morgens um 8 Uhr dort fanden, als die Gefangenen gezählt wurden. Juan Manuel sagte mir, daß es ihm gut gehe, aber . . .

Der Arzt bestätigte mir das, was ich von den Gefangenen weiß, die mit Juan Manuel zusammenleben, daß er sich in einem Zustand des Wahnsinns befindet. Die Symptome sind eine Badewannen-Manie, seine Unfähigkeit zu kommunizieren (er spricht mit niemandem und verbringt die Tage im Bett), er schreibt nicht und nimmt auch die Briefe nicht an, die er bekommt, er läuft nicht, obwohl der Arzt sagte, daß es keinerlei physische Gründe dafür gäbe, er hat wechselnde Zustände von Euphorie, Depressionen und Aggressivität.

Es hat mich erschreckt, ihn so zu sehen, in seinem Bett liegend, nicht mal ein Radio hat er, mit einem völlig abwesenden

Blick. Die Ärzte sagen, sie hätten Angst davor, ihn eines Morgens erhängt aufzufinden.

Im Krankenhaus schreiben sie ihn gesund, weil sie nichts machen können. Hier in Meco lassen sie ihn nicht in eine Gruppe, weil er nicht in der Lage ist, „normal" zu leben. Und auf der Krankenstation ist er allein, selbstisoliert in seinem Bett ohne irgendwelche Ablenkung, die er im übrigen auch gar nicht will. Ich glaube, daß er sich über irgendwas den Kopf zerbricht und dadurch seinen Zustand noch verschlimmert. Ich bin total wütend darüber. *Himmel und Hölle müssen in Bewegung gesetzt werden, um ihn da rauszuholen. Das ist humanitäre und solidarische Pflicht!*

Die Wärme seiner Tochter und seiner Familie könnten ihm immer noch ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, ohne daß diese Krankheit weiter fortschreiten würde. Aber je länger er im Knast bleibt, um so mehr Bewußtsein verliert er.

Durch all das Leid in diesem übermenschlichen Kampf ist in diesem Mann etwas Wichtiges zerbrochen. Welche Wut, welche Ohnmacht, welch Schmerz in der Seele. Nur mit großer Anstrengung habe ich nicht vor ihm geweint. Es muß was getan werden, bevor er völlig zerstört wird. Das ist meine Bitte, meine Überzeugung, und es ist *dringend*!"

Genossinnen und Genossen, wir können uns gegenüber der Bitte dieses Gefangenen nicht taub stellen. Wir können nicht zulassen, daß sie Manuel ganz zerstören.

Wir müssen etwas tun, Öffentlichkeit schaffen, Telegramme und Postkarten an das Justizministerium schicken, in denen wir die sofortige Freilassung Juan Manuels fordern. *Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, Juan Manuel Pérez Hernández den Klauen der faschistischen Bestie zu entreißen. das ist unsere menschliche und solidarische Pflicht.*
AFAPP

Adresse, an die Ihr Telegramme oder Postkarten für die Freilassung von Juan Manuel Pérez Hernández schicken könnt: SR. Ministro de Justicia, c/ San Bernando, 45; 28015 Madrid

Gerry Hanratty zu 2 1/2 Jahren verurteilt

Am 4.6. verurteilte der 6. Strafsenat des OLG Düsseldorf den irischen politischen Gefangenen Gerry Hanratty wegen vorsätzlichen Verstoßes gegen das Waffengesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz zu zweieinhalb Jahren. Gerry kommt jedoch nicht frei, da England seine Auslieferung beantragt hatte.

Gerry McGeough, der — wie wir berichteten — schon in die USA ausgeliefert worden ist, ist übrigens gegen eine Kaution von 250000 Dollar aus dem New Yorker Gefängnis rausgekommen. Quelle: taz, 5.6.92

Türkei: Der Staatsterror geht weiter

Angriffe gegen die Bevölkerung in Kücük Armutlu

Die Repression gegen die Bevölkerung des Gecekonduviertels (Slumgebiet) Kücük Armutlu in Istanbul, die seit der Gründung des Viertels dem Terror der Grundstückmafia (sie besteht aus ehemaligen MHP-Mitgliedern, den sog. Grauen Wölfen), der Stadtverwaltung, der Polizei und Gendarmerie ausgesetzt sind, wurde nach den letzten Angriffen durch die politische Polizei am 20. Juni 1992 systematisch fortgesetzt.

Die Polizei, die in diesem Gebiet eine 300 Mann starke ständige Polizeiwache errichten wollte, hatte während der Operationen 17 Menschen festgenommen. Kommandos von 10-15 Polizisten terrorisieren auf den Straßen und in den Gassen seitdem die Bevölkerung. Ständig werden Menschen verhaftet, Häuser geschlossen und versiegelt.

Die Menschen, die am 20.6.92 verhaftet worden sind, tauchen in den polizeilichen Haftlisten in den ersten 48 Stunden nach ihrer Verhaftung nicht auf. Damit wird die maximale gesetzliche Dauer von 15 Tagen bei politischen Delikten willkürlich um 48 Stunden verlängert, was eine Mißachtung der türkischen und der internationalen Gesetze bedeutet. Der einzige Grund für diese Praxis ist, daß versucht werden sollte, die Festgenommenen „verschwinden" zu lassen — dies ist ihnen aber nicht gelungen, da die Namen der Festgenommenen der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden sind.

Während eines Hungerstreiks, der am 21.6.92 aus Protest gegen die Polizeioperation begann und mit dem die Freilassung der Festgenommenen erreicht werden sollte, wurden weitere 20 Personen festgenommen, darunter zwei vom Behinderten-Kulturhaus.

Die ständig auf den Straßen patrouillierende Polizei nimmt ab 24 Uhr jeden, der sich auf der Straße befindet, fest und schlägt ihn zusammen. Auf diese Weise soll die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt werden.

Gleichzeitig werden Häuser von der Polizei als „konspirative Häuser" durchsucht, versperrt und versiegelt. Auch die Häuser der Festgenommenen oder derer, die während der Durchsuchung auf der Arbeit sind, werden zu „konspirativen Häusern" erklärt und versiegelt.

Das Ziel soll die Errichtung von Raketenbasen zum angeblichen Schutz der großen Istanbuler Brücken sein. Kücük Armutlu muß als Wohngebiet deshalb plattgemacht werden. Die Zerschlagung eines Ortes, wo aus dem Elend immer wieder unkontrollierbarer Widerstand erwächst und „Terroristen" wie Fische im Wasser schwimmen können, ist dabei ein ebenso wichtiges „Nebenprodukt". Bislang konnte von Seiten der Polizei noch nichts ständig installiert werden, weil die Slumbevölkerung ihrerseits Polizeiaktionen und andere offizielle Bauten plattmachte.

Hatz auf KünsterlerInnen

Am 19.6.92 hat die Polizei in Eskişehir eine Theateraufführung gestürmt, das Inventar zerschlagen und die KünstlerInnen der Volksbühne Ankara sowie Mitglieder der Organisationskomitees der Veranstaltung festgenommen. 3 Tage später wurden sie freigelassen, einige auf dem Weg nach Hause aber wieder festgenommen. Am 23.6. wurde gegen alle KünstlerInnen und auch gegen die Musikgruppe „Grup Yorum" Haftbefehl erlassen. Sie werden seitdem polizeilich gesucht.

Mücadele-Korrespondent festgenommen

Der Korrespondent der sozialistischen Zeitschrift „Mücadele", Savaş Karatay, befindet sich schon wieder in Untersuchungshaft. Auf offener Straße wurde er zusammengeschlagen. Bei seiner letzten Festnahme Anfang Juni war er schwer gefoltert und war ihm mit seiner „Hinrichtung" gedroht worden. Während die Türkei nach außen auf Liberalisierungen bei Presse und anderen Medien verweist, will sie durch die Verfolgung derjenigen, die demokratische Aufgaben übernehmen, in Wirklichkeit dies verhindern.

Polizeiruf lahmgelegt

Bei ihrer „Terroristen"-Hatz ist es der Istanbuler Polizei bislang noch nicht gelungen, die Bevölkerung als Komplize des Staatsterrors zu gewinnen. So wurde eine allgemein bekanntgegebene Telefonnummer, unter der anonym Angaben über vermeintliche „Terroristen" hinterlassen werden konnten, dadurch lahmgelegt, daß falsche Angaben gemacht wurden. Die Polizisten wurden so mehrfach zu „konspirativen Wohnungen" ihrer zivilen Kollegen gelockt bzw. zu anderen Polizeistützpunkten und hätten in ihrem Jagdfieber beinahe sich gegenseitig abgeschossen. Daß die Telefonnummer „gestorben" ist, wurde nun öffentlich zugegeben. (d. Red.)

Termine

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München!
Vom 6. bis 8. Juli treffen sich in München die politischen Repräsentanten der sieben führenden Staaten der kapitalistischen Welt, USA, Frankreich, England, Japan, BRD, Italien und Kanada. Sie nennen ihr Treffen „Weltwirtschaftsgipfel", allein dieser Name drückt bereits das Bewußtsein ihrer

imperialistischen Politik aus. Er zeigt aber auch die realen Machtverhältnisse, denn die Konzerne und Banken aus diesen Ländern beherrschen tatsächlich die Weltwirtschaft und damit die Weltordnung. Seit 1975 finden jährlich G7-Treffen statt. Gestritten wird um Absatzmärkte, Wechselkurse, Atomkraft und Rüstung. Der Münchner WWG tagt vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des realsozialistischen Blocks und der neuen deutschen Weltmachtposition. Das Hauptthema für dieses Treffen wird die wirtschaftliche und politische Aufteilung Osteuropas sein. Gerade 1992 schauen weltweit Menschen auf die Metropolen, ob sich auch hier Widerstand gegen die imperialistische Weltordnung regt. Und auch von hier ausgehend gibt es genügend Gründe, ihnen ihre Jubelfeiern zu vermiesen!! Deshalb rufen wir *alle* auf, sich an den Aktionen zu beteiligen:

4.7., Demonstration. Auftaktkundgebung 13 Uhr Marienplatz. Eine große Demonstration soll schon vor der offiziellen Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren.

3.—5.7., Gegenkongreß. Auf dem internationalen Gegenkongreß wollen wir mit Menschen aus Basis- und Befreiungsprozessen ihre und unsere Kampferfahrungen und gemeinsame Perspektiven diskutieren.

6.—8.6., Aktionstage. Mit den Aktionstagen wollen wir in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Ostberlin. 4.7., 21 Uhr, Videokino Daneben, Rigaer Str. 84, „Alle 40 müssen raus!“, Video von dem ersten Fernsehinterview mit Gefangenen aus der RAF.

Anzeigen

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. V.i.S.d.P.: Achim Falk. — **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 448630-102.